

Neue Krise - alte Probleme: die wirtschaftlichen Perspektiven Lateinamerikas nach dem Zusammenbruch Argentinien

Schweickert, Rainer

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schweickert, R. (2002). *Neue Krise - alte Probleme: die wirtschaftlichen Perspektiven Lateinamerikas nach dem Zusammenbruch Argentinien*. (Brennpunkt Lateinamerika, 17). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-444881>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 17

13. September 2002

ISSN 1437-6148

Neue Krise – alte Probleme

Die wirtschaftlichen Perspektiven Lateinamerikas
nach dem Zusammenbruch Argentinien

Rainer Schweickert

Die Währungskrisen scheinen sich wieder auf Lateinamerika zu konzentrieren. Während Asien schon wieder boomt droht die Argentinien-Krise zu einer Lateinamerika-Krise zu werden. Als Erklärungen müssen wieder einmal ungünstige weltwirtschaftliche Bedingungen und das angebliche Scheitern des neoliberalen Entwicklungsmodells herhalten. Dabei sind die jüngsten Krisen nichts anderes als die Symptome der alten lateinamerikanischen Krankheit – Schulden und Strukturschwäche.

1. Düstere Aussichten

Lateinamerika hat wieder den Blues. In ihrem jüngsten Bericht zur Lage in Lateinamerika und der Karibik malt die Comisión Económica para América Latina y el Caribe (CEPAL) ein recht düsteres Bild:

- Die wirtschaftliche Aktivität wird nach der Stagnation 2001 in diesem Jahr um 0,8 Prozent zurückgehen;
- Eine wirtschaftliche Erholung hängt entscheidend vom Anspringen der Konjunktur in den USA und in Europa ab;
- Die Region hat insgesamt schon wieder ein halbes Jahrzehnt ‚verloren‘ – das Pro-Kopf-Einkommen ist, bei hoher Volatilität, gegenüber 1997 um 2 Prozent gesunken;
- Der Güterexport wird auch 2002 wieder zurückgehen und es wird schon im vierten aufeinander folgenden Jahr Kapital aus der Region abfließen.
- Ähnlich düster sind die Erwartungen für die nationalen Sparquoten und – bei ausbleibendem Auslandskapital – entsprechend auch für die Investitionsquoten.

Die CEPAL bietet zwei Erklärungsmuster an. Zum einen würde das Bild Lateinamerikas entscheidend von der dramatischen Krise in Argentinien geprägt. Ohne Argentinien würde die Region um über 1 Prozent wachsen. Zum anderen würde die ökonomische Situation klar belegen, dass das in den 90er Jahren verfolgte Entwicklungsmodell den Erwartungen nicht gerecht geworden sei. Diese Diagnose scheint auch der Leiter des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP), Mark Malloch Brown, zu teilen. Der neoliberale Ansatz, der die Entwicklungspolitik des letzten Jahrzehnts beherrschte, habe, so Brown, den unterentwickelten Süden nicht weiter gebracht, das sei das eigentliche Signal, das von Johannesburg ausgeht (zitiert nach *Süddeutsche Zeitung*, 5.9.02). Ist also mit Argentinien nicht nur ein Land sondern auch ein Entwicklungsmodell in die Krise geraten und hat diese Krise den ganzen Kontinent infiziert?

Um diese Frage zu beantworten, lohnt sich ein Blick auf die Fakten. Hier deuten die Prognosen für dieses Jahr tatsächlich auf ein Wachstum von etwa 1 Prozent für Lateinamerika ohne Argentinien hin (Tabelle 1).

Allerdings macht auch diese Zahl im internationalen Vergleich nicht viel her. Asiens Schwellenländer werden voraussichtlich mit über 6 Prozent wachsen, das Wachstum in den europäischen Schwellenländern wird immerhin noch bei etwa der Hälfte liegen und sogar die Industrieländer wachsen schneller als die lateinamerikanischen Schwellen-

länder. Auch 2003 werden die Maßstäbe beim Wirtschaftswachstum und der Inflation von asiatischen Schwellenländern gesetzt.

Lateinamerika ist also auch ohne Argentinien schwach. Folge der Argentinien-Krise? Folge des Scheiterns der neoliberalen Wirtschaftspolitik?

Tabelle 1 - Wirtschaftliche Situation und Prognosen für Industrie- und Schwellenländer, 2001–2003 (Veränderungen gegenüber Vorjahren in Prozent)

	BIP			Verbraucherpreise		
	2001	2002	2003	2001	2002	2003
Industrieländer	0,8	1,5	2,4	2,2	1,4	1,9
Schwellenländer						
Europa	4,3	3,0	3,8	15,2	10,7	10,1
Asien	5,2	6,3	6,5	2,4	2,2	2,7
Lateinamerika	0,5	-0,8	2,5	6,5	16,2	10,5
Brasilien	1,5	1,5	3,0	6,9	5,9	4,5
Mexiko	-0,3	1,6	4,4	6,4	4,7	3,8
Chile	2,8	2,2	4,1	3,6	2,4	2,9
Argentinien	-4,5	-15,0	-3,5	-1,1	86,3	47,5
Lateinamerika ohne Argentinien	1,1	0,9	3,2	7,4	7,8	6,1

Quelle: DekaBank, Volkswirtschaft Prognosen, 28. August 2002; eigene Berechnungen.

2. Argentinien-Krise – ist das neoliberale Modell gescheitert?

Zunächst muss man konzedieren, dass die Wirtschaftspolitik Argentiniens seit 1991, als das Currency Board Systems eingeführt wurde, tatsächlich neoliberale Züge trug. Das Currency Board System beinhaltete wesentlich mehr als den festen Wechselkurs und die weitgehende Devisendeckung der Geldbasis: Die vollständige Konvertibilität von Peso und Dollar, die Gültigkeit des Dollar als offizielles Zahlungsmittel und Anlagewährung, Verbot von Krediten der Zentralbank an die Regierung sowie die Abschaffung aller Exportzölle und eine drastische Senkung der Importzölle. Wichtigste Elemente bei der Schaffung von Glaubwürdigkeit für die Politik des festen Wechselkurses waren außerdem anfängliche Erfolge bei der Konsolidierung des Staatshaushaltes und eine umfassende Privatisierung staatlicher Unternehmen. Als Ergebnis dieser Anstrengungen konnten die Hyperinflation und das wirtschaftliche Chaos bereits nach drei Jahren beseitigt werden: die Inflationsrate lag 1994 nur noch bei 4 Prozent, das reale Wachstum betrug stattliche 6 Prozent. Warum konnte dieser positive Impuls nicht genutzt werden?

Zunächst führte Ende 1994 die Krise in Mexiko dazu, dass auch in Argentinien der Kapitalzufluss vorübergehend versiegte. Nach der Rückkehr des Kapitals blieb eine sehr hohe Arbeitslosigkeit von über 15 Prozent, die in etwa dem Niveau vor Einführung des festen Wechselkurses entsprach.

Bei dieser hohen Sockelarbeitslosigkeit wirkte sich 1999 die Brasilien-Krise in erster Linie realwirtschaftlich aus. Die starke Aufwertung gegenüber dem brasilianischen Real bedeutete, dass Argentinien an Wettbewerbsfähigkeit und schließlich auch an Vertrauen bei den Anlegern verlor.

Diese Entwicklungen sind jedoch eher als Auslöser denn als Ursache der krisenhaften Entwicklung der letzten Monate anzusehen. Ursachen sind in Argentinien selbst zu suchen. Nach den anfänglichen Konsolidierungserfolgen beim Staatshaushalt wurde die argentinische Fiskalpolitik im Zuge der Kampagne Präsident Menems für eine zweite Amtsperiode zunehmend expansiver. Dies galt auch für die weitgehend autonomen Provinzregierungen. Die Folge war, dass sich die Defizitquote in Richtung 3 Prozent und sowohl der Stand der Auslandsschulden als auch der Staatsverschuldung in Richtung 50 Prozent des BIP bewegten. Somit war kein Spielraum gegeben, der Wirtschaft nach der Brasilien-Krise und der damit verbundenen Rezession durch eine antizyklische Fiskalpolitik positive Impulse zu geben.

War die Abwertung also notwendig? Die Antwort lautet Ja. Sie war für einen Kaltstart der argentinischen Wirtschaft notwendig geworden, weil ein Nachfrageimpuls – angesichts ausgereizter Möglichkeiten einer fiskalischen Stimulierung – nur von der Geldpolitik kommen konnte. Die volle Devisendeckung und Konvertibilität hätte man dafür nicht notwendigerweise aufgeben müssen. Eine einmalige Änderung des gesetzlich festgelegten Wechselkurses hätte ausgereicht.

Nicht nur den Wechselkurs sondern auch die Institution zu ändern, die den alten Wechselkurs immerhin mehr als zehn Jahre abgesichert hatte, bedeutete, das Kind mit dem Bad auszuschütten.

Halfen die Abwertung und die Freigabe des Wechselkurses der argentinischen Wirtschaft wenigstens auf die Beine? Beim geringen Offenheitsgrad, der Importabhängigkeit bei Kapitalgütern, dem unflexiblen Arbeitsmarkt und der Dollarorientierung des Finanzsektors führte die Abwertung eher zur Destabilisierung des Finanzsektors als zur Stimulierung der Wirtschaft. Die Abwertung war deshalb nicht die Lösung des Problems sondern ein notwendiges Übel, um einen geldpolitischen Impuls für die immer tiefer in die Rezession abgleitende Wirtschaft zu ermöglichen.

Auch der Internationale Währungsfonds (IWF) war nicht sehr hilfreich. Weder haben die mit den IWF-Krediten verbunden Konditionen ein Anwachsen des Schuldenbergs verhindert noch haben sie genügend Spielraum für eine antizyklische Fiskalpolitik gelassen, um die Wirtschaft wieder auf einen positiven Wachstumspfad zurückzuführen: zum Wachsen zu wenig, zum Scheitern zu viel – bis zur Verweigerung der nächsten Kredittranche im Dezember 2001. Zumindest muss sich der IWF vorhalten lassen, keine der Forderungen, die an ihn

nach der Asienkrise gerichtet wurden, umgesetzt zu haben. Eine restriktive Fiskalpolitik, wie sie von Argentinien – begleitet von IWF-Krediten – seit Juli 2001 im Rahmen der Null-Defizit-Politik mitten in einer tiefen Rezession betrieben wurde, verstärkt eine wirtschaftliche Krise und schwächt das Vertrauen der Investoren.

Nun gehört eine restriktive Fiskalpolitik in einer Rezessionsphase kaum zum Wesensmerkmal einer neoliberalen Politik – in keinem Fall gehört eine exzessive Verschuldungspolitik, die Argentinien überhaupt erst in die prekäre Lage gebracht hat, zu ihren tragenden Säulen. Von einer Krise des neoliberalen Modells zu sprechen ist also nicht gerechtfertigt.

3. Ausweitung der Krise: alles nur Spekulation?

Zunächst schien sich die Krise auf Argentinien zu beschränken. Diese Lage änderte sich Anfang August. Seit April waren in Brasilien die Preise der Währung und der Schuldenpapiere drastisch gefallen. Die Währung hatte ein Drittel ihres Wertes eingebüßt und der Risikoaufschlag für Anleihen betrug fast 20 Prozentpunkte.

Tabelle 2 - Regionale Handelsverflechtung, 2000

	US	Euroland ^a	Brasilien	Argentinien	Lateinamerika ^b	Andere
	in Prozent des gesamten Handels					
Argentinien	16,5	20,4	26,3	–	15,5	36,8
Brasilien	24,9	25,3	–	11,7	11,5	38,0
Chile	20,5	20,0	6,6	10,1	11,9	42,9
Mexiko	82,5	7,7	0,7	0,2	2,5	8,9
	in Prozent des BIP					
Argentinien	0,50	0,76	1,27	–	0,44	2,47
Brasilien	1,24	1,28	–	0,27	0,26	2,88
Chile	2,07	1,98	0,21	0,50	0,70	9,06
Mexiko	42,48	0,37	0,00	0,00	0,04	0,49

a Einschließlich Dänemark und Schweden. – b Ohne Argentinien und Brasilien.

Quelle: Internationaler Währungsfonds, Direktion of Trade Statistics (Datastream); eigene Berechnungen.

Brasilien musste um mehr Hilfe vom Währungsfonds bitten. Uruguay musste sogar die Banken schließen, nachdem eine Panik bei Einlegern (viele davon Argentinier) die Reserven aufzuzehren drohte.

Trotz der prekären Lage in kleineren Nachbarstaaten Argentiniens war für Lateinamerika natürlich entscheidend ob die Krise auf die wichtigen Länder Chile, Mexiko und insbesondere auf Brasilien überspringt. Sowohl direkte Handelseffekte als auch währungs- und fiskalpolitische Effekte

auf die Leistungsbilanzen scheiden allerdings als Erklärung für eine Krisenübertragung aus.

Tabelle 2 zeigt, dass Argentinien nur wenig mit der Weltwirtschaft oder mit Lateinamerika integriert ist. Zwar wickeln Brasilien und Chile etwa 10 Prozent ihres Außenhandels mit Argentinien ab, dieser Anteil ist jedoch weit geringer als etwa die Bedeutung Brasiliens für den argentinischen Außenhandel. In Relation zum BIP beläuft sich der Handel mit Argentinien lediglich auf ein halbes bzw. ein viertel Prozent. Mexiko

nimmt eine Sonderrolle ein. Hier richtet sich die Integration nahezu ausschließlich auf die USA bzw. auf die NAFTA.

Währungskrisen werden auch regelmäßig mit Leistungsbilanzdefiziten in Zusammenhang gebracht, die von einem steigenden realen Außenwert der Währung (dem sog. realen Wechselkurs) und/oder von einem steigenden Defizit im Staatshaushalt verursacht werden.

Die Korrelationskoeffizienten in Tabelle 3 zeigen allerdings, dass die Leistungsbilanzen seit 1994 – also vor Ausbruch der Mexikokrise – weder vom realen Wechselkurs noch vom Staatshaushalt eindeutig bestimmt wurden. Der signifikant negative Zusammenhang zwischen realem Wechselkurs und Leistungsbilanzsaldo in Argentinien beruht ausschließlich auf der dramatischen Abwertung in diesem Jahr. In normalen Zeiten beeinflussten also sowohl Änderungen des realen Wechselkurses als auch Änderungen des

Defizits im Staatshaushalt die Leistungsbilanzentwicklung kaum.

Die Korrelationskoeffizienten verdeutlichen allerdings eine strukturelle Schwäche. Nur in Chile wurde die Leistungsbilanzentwicklung von der Exportentwicklung getrieben. Das kann als Beleg für den Erfolg der weltmarktorientierten Entwicklungsstrategie Chiles interpretiert werden, die von einer stabilen Entwicklung des realen Wechselkurses unterstützt wurde. Die Leistungsbilanzentwicklungen in Argentinien und Brasilien wurden dagegen durch die Entwicklung der Importe und des Wirtschaftswachstums erklärt. Verbesserungen der Leistungsbilanz finden also dann statt, wenn das Wachstum zurückgeht und entsprechend die Importnachfrage sinkt. Boomphasen, wie sie die lateinamerikanischen Länder schon länger hinter sich haben, bergen dagegen automatisch die Gefahr von Leistungsbilanz- und Währungskrisen.

Tabelle 3 - Zusammenhang zwischen Leistungsbilanzentwicklung und anderen makroökonomischen Kennziffern, 1994–2002 (Pearson Korrelationskoeffizienten)

	Argentinien	Argentinien 1994-2001	Brasilien	Chile	Mexiko
Leistungsbilanzsaldo und ...					
Realer Wechselkurs	-0,79*	0,10	0,36	-0,19	0,07
Saldo des Staatshaushalts	-0,28	-0,39	-0,20	-0,62	-0,16
Exporte	0,91**	0,38	0,33	0,68*	0,62
Importe	0,75*	-0,79*	-0,70*	-0,23	-0,56
BIP-Wachstum	-0,75*	-0,52	0,78*	-0,44	-0,14

*(**) Signifikanzniveau von 5 (1) Prozent.

Quelle: DB Research, Country Infobase / Key Economic Indicators (Internet); eigene Berechnungen.

Tabelle 4 - Staats- und Auslandsverschuldung, 1994/2002 (Prozent des BIP)

	Auslandsverschuldung		Staatliche Auslandsverschuldung		Staatsverschuldung	
	1994	2002	1994	2002	1994	2002
Argentinien	33,3	75,0	23,8	60,0	31,3	67,5
Brasilien	32,6	45,5	16,4	18,3	38,8	57,7
Mexiko	38,7	25,6	26,0	16,0	29,4	25,4
Chile	42,2	60,1	17,9	8,9	25,6	13,8

Quelle: DB Research, Country Infobase / Key Economic Indicators (Internet); eigene Berechnungen.

Tabelle 4 zeigt ein weiteres zentrales Problem von Argentinien und Brasilien: die hohe Staats- und Auslandsverschuldung. In Argentinien stiegen ab 1994 sowohl die gesamten Auslandschulden als auch die Staatsverschuldung bis 2001 auf ein Niveau von etwa 50 Prozent des BIP an. Mit der drastischen Abwertung verschlechterte sich natürlich diese Situation – die Schulden sind für Argentinien beim gegenwärtigen

Wechselkurs unbezahlbar. Auch Brasilien zeigte einen steigenden Trend bei den Schulden. Dieser verstärkte sich nach Aufgabe der Wechselkursbindung noch, und die Schulden Brasiliens erreichen bereits das argentinische Vor-Krisen-Niveau.

In Chile sank die Staatsverschuldung dagegen deutlich; gleichzeitig stieg die private Verschuldung. Eine solche Situation ist durchaus nicht

unkritisch. Bei einer Währungskrise werden private stets zu öffentlichen Schulden. Schon die chilenische Währungskrise zu Beginn der 80er Jahre war durch eine private Überschuldung bedingt. Die aktuelle Solvenz der chilenischen Unternehmen ist allerdings nicht mit der zu Beginn der 80er Jahre vergleichbar.

Nur in Mexiko sanken sowohl die öffentlichen als auch die privaten Schulden, wobei die Abwertung nach der Krise auch in Mexiko zunächst zu einem drastischen Anstieg der Verschuldung geführt hat. Begünstigt wurde die Schuldenbedienung Mexikos durch implizite Garantien der USA, aber auch durch den nach der Krise rasch wiedereinsetzenden Wachstumsprozess, der sich sowohl auf den Wirtschaftsboom in den USA als auch auf Wirtschaftsreformen stützen konnte, die bereits in der zweiten Hälfte der 80er Jahre eingeleitet worden waren. Außerdem drängelten sich 1995 – anders als 2001 in Argentinien die Helfer förmlich um den ersten Platz bei Umfang und Schnelligkeit der Hilfsmaßnahmen.

Ähnliches war auch im Falle Brasiliens 1999 und in diesem Jahr zu beobachten. 2002 kam es sogar zu einer Kreditzusage in Rekordhöhe. Nachdem der IWF zunächst weitere Hilfen von einer Zusage der Präsidentschaftskandidaten abhängig gemacht hatte, die Vereinbarungen mit dem Währungsfonds auch nach der Wahl einzuhalten, gewährte der Fonds schließlich ohne eine solche Zusage einen Beistandskredit von insgesamt US\$ 30 Mrd. Davon soll der Löwenanteil allerdings erst nach der Wahl im nächsten Jahr zur Verfügung stehen. Außerdem darf Brasilien seine Währungsreserven in stärkerem Maße als bisher in den Konditionen mit dem Währungsfonds vereinbart nutzen, um den Real zu stabilisieren.

Bedenklich an der Strategie des Währungsfonds ist dabei, dass Brasilien trotz sehr hoher Geldmarktzinsen (aktuell etwa 10 Prozent real) ständig sinkende Währungsreserven zu verzeichnen hatte. Außerdem sind mehr als die Hälfte der Staatsschulden an den Geldmarktzins gebunden; etwa ein Drittel der Staatsschulden ist in US-Dollar oder Dollar-indexiert. Die Luft wird also immer dünner: weitere Abwertungen lassen den Schuldendienst hochschnellen, Zinserhöhungen zur Vermeidung von Abwertungen ebenfalls; Devisenmarktinterventionen zur Verteidigung der Währung führen zu weiter sinkenden Währungsreserven. In dieser Situation kann man also nur die Daumen drücken, dass die Kreditzusagen des IWF für das nächste Jahr tatsächlich weitere Spekulationen gegen den Real verhindern können. Brasilien lebt was die Bedienung seiner Schulden betrifft von der Hand in den Mund – der Hand des Währungsfonds.

4. Makroökonomische Perspektiven

Die aufgezeigten Unterschiede zwischen den vier wichtigsten lateinamerikanischen Volkswirtschaften lassen sich anhand eines Indikators noch besser verdeutlichen, der die makroökonomischen Perspektiven abbildet. Diese Methode ermöglicht es auch zu erkennen, wo die lateinamerikanischen Länder Argentinien, Brasilien, Chile und Mexiko im Vergleich zu ihren asiatischen Konkurrenten Indonesien, Korea, Malaysia, den Philippinen und Thailand stehen.

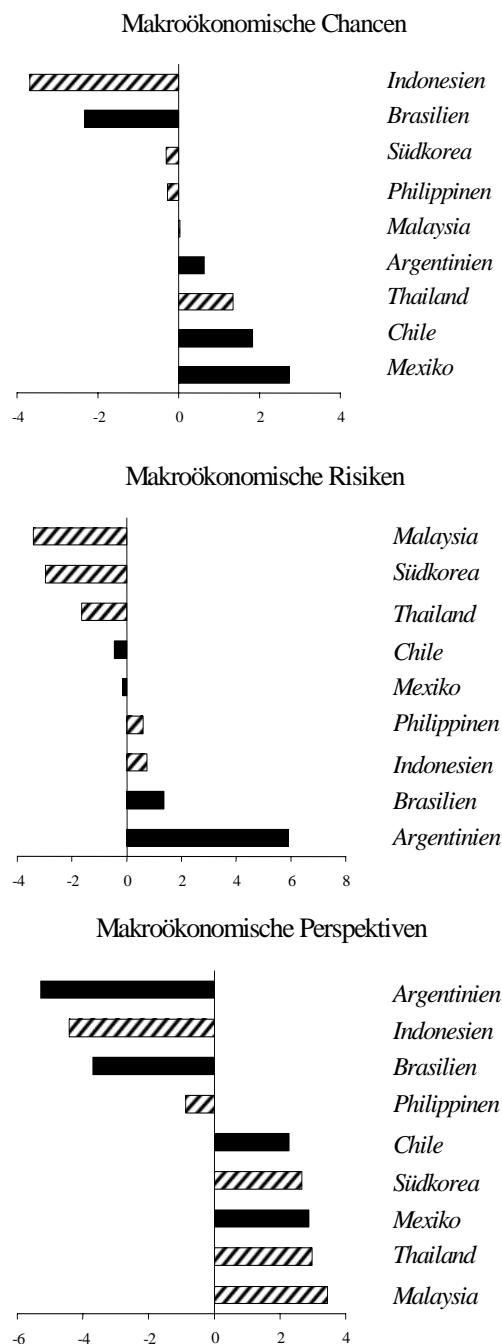
Bei der Erstellung des Indikators wurde angenommen, dass sich diese Perspektiven aus Chancen und Risiken ergeben. Betrachtet man zunächst die Chancen, so kann man davon ausgehen, dass die Chancen umso besser zu beurteilen sind,

- je geringer das Staatsdefizit,
- je geringer die Inflationsrate,
- je höher die Zuflüsse an Direktinvestitionen,
- je höher die Investitionsquote und
- je stärker das Exportwachstum.

Schaut man sich diese Indikatoren im Einzelnen an, so werden Differenzen zwischen den lateinamerikanischen Ländern beim Staatsdefizit, bei den Inflationsraten und beim Exportwachstum deutlich. Dabei fällt der Vergleich zwischen den lateinamerikanischen Ländern für Brasilien besonders ungünstig aus. Brasilien hatte 2001 sowohl das höchste Staatsdefizit (5,2 Prozent des BIP) und die höchste Inflationsrate (6,9 Prozent) als auch das niedrigste Exportwachstum im Zeitraum von 1994 bis 2001 (lediglich 34 Prozent). Gemeinsam ist den lateinamerikanischen Ländern relativ hohe Zuflüsse an Direktinvestitionen (2,9 Prozent des BIP im Durchschnitt für die Jahre 1994 bis 2001 gegenüber 1,0 Prozent für die asiatischen Länder) bei niedrigen Investitionsquoten (durchschnittlich 20,6 Prozent des BIP im Zeitraum 1994 bis 2001 gegenüber 26,6 für die asiatischen Länder). Hier zeigt sich die hohe Abhängigkeit lateinamerikanischer Länder von Auslandskapital. Dieser Befund wurde in der Reihe der *Brennpunkt* Publikationen bereits ausführlich von Hartmut Sangmeister diskutiert (*Brennpunkt Lateinamerika* Nr. 9, 13. Mai 2002).

Abbildung 1 (oben) verdichtet die fünf Kennziffern zu einem aggregierten Indikator für makroökonomische Chancen. Es zeigt sich, dass die Chancenbewertung für Brasilien ähnlich schlecht ist wie für Indonesien. Es mag überraschen, wie gut Argentinien in diesem Vergleich abschneidet. Die positive Bewertung ist aber letztlich Ausdruck der Chancen, die sich für Argentinien aufgrund der vergangenen Erfolge des Festkurssystems ergaben aber nicht verwirklicht wurden.

Abbildung 1 - Makroökonomische Perspektiven (Index)



Quelle: DB Research, Country Infobase / Key Economic Indicators (Internet); eigene Berechnungen.

Die Risikobetrachtung ergibt ein etwas anderes Bild. Anzunehmen ist, dass das makroökonomische Risiko umso größer ist,

- je stärker die reale Aufwertung,
- je höher der Geldmarktzins,
- je geringer der Leistungsbilanzsaldo,
- je höher die Auslandsverschuldung und
- je geringer die Währungsreserven relativ zu den kurzfristigen Auslandsschulden.

Wie nicht anders zu erwarten werden hier die Risiken für Argentinien deutlich, die sich inzwischen auch realisiert haben. Argentinien hatte im Zeitraum von 1994 bis 2001 die höchste Aufwertungsrate (12,7 Prozent) sowie 2001 den höchsten Geldmarktzins (40 Prozent) und die geringsten Währungsreserven (73,7 Prozent der kurzfristigen Auslandsschulden). Das bei weitem größte Leistungsbilanzdefizit wies im letzten Jahr dagegen Brasilien aus (4,5 Prozent des BIP). Die höchsten Auslandsschulden der lateinamerikanischen Länder hatte Chile (60 Prozent des BIP); allerdings waren die Auslandsschulden in den asiatischen Krisenländern Philippinen und Indonesien noch deutlich höher (78,9 bzw. 95,3 Prozent des BIP). Wie der Indikator für die makroökonomischen Risiken insgesamt verdeutlicht, liegt Argentinien bei den Risiken also deutlich vorne (Abbildung 1 Mitte). Allerdings gilt dies mit Einschränkungen auch für Brasilien, während Chile und Mexiko eine durchschnittliche Position einnehmen.

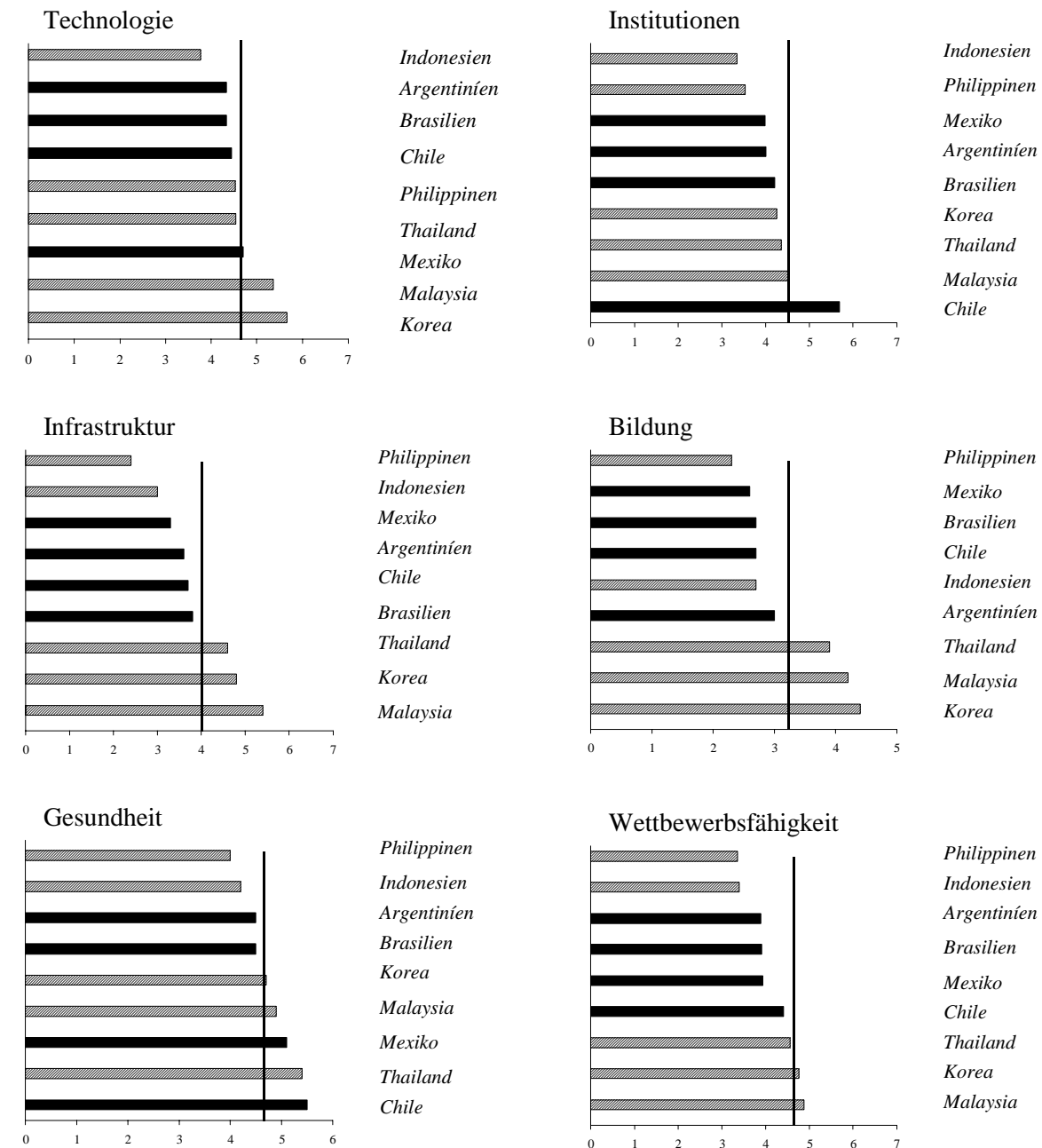
Aggregiert man schließlich Chancen und Risiken (Abbildung 1 unten) so ergeben sich für Argentinien und Brasilien neben Indonesien die schlechtesten Perspektiven. Dieses ungünstige Ergebnis für Brasilien resultiert nicht aus der Argentinien-Krise, die, wie oben deutlich wurde, keinen nachhaltigen Einfluss auf die makroökonomischen Kennziffern in den anderen drei lateinamerikanischen Ländern hatte. Sie sind letztlich Ausdruck des latenten Schuldenproblems, das auf Brasilien lastet. Dagegen sind die Perspektiven für Chile und Mexiko ähnlich gut wie für Korea, Thailand und Malaysia. Dies spiegelt sich auch in den günstigen Prognosen für diese beiden Länder wieder (Tabelle 1).

5. Wettbewerbsfähigkeit

Aber auch eine gute makroökonomische Perspektive, wie sie für Chile und Mexiko gegeben ist, ist lediglich eine notwendige Bedingung für eine nachhaltige Entwicklung. Sie ermöglicht es einem Land die gegebenen Entwicklungschancen zu realisieren und sie ermöglicht es der Wirtschaftspolitik sich auf die Aufgabe zu konzentrieren, die Entwicklungschancen zu verbessern.

Wie diese Entwicklungschancen für die lateinamerikanischen Länder aussehen, zeigt ein Indikator zum Stand der Wettbewerbsfähigkeit. Der Gesamtindikator stellt dabei auf fünf Einzelindikatoren ab, die den Entwicklungsstand auf fünf zentralen Feldern der Wirtschaftspolitik verdeutlichen, die, unumstritten in der wirtschaftspolitischen Debatte, von zentraler Bedeutung für die Wachstumsperspektiven sind: Technologie, Institutionen, Infrastruktur, Bildung und Gesundheit (Abbildung 2). Die Indikatoren zu

Abbildung 2 — Wettbewerbsfähigkeit (Index)



Quelle: World Economic Forum, The Global Competitiveness Report 2001-2002; eigene Berechnungen.

Technologie und Institutionen messen wie gut ein Land in der Lage ist, einen gegebenen Kapitalstock in Wachstum umzusetzen; die Indikatoren zu Infrastruktur, Bildung und Gesundheit messen wie hoch der Bestand an physischem und Humankapital ist.

Zu all diesen Bereichen kann auf die Ergebnisse des Global Competitiveness Reports des World Economic Forums zurückgegriffen werden. Dies ermöglicht auch einen internationalen Vergleich. Relativ zum Median – dem Indikatorwert für das Land, das von 75 Ländern den 37. Rang einnimmt – lassen sich folgende Ergebnisse festhalten:

- In Bezug auf die technologische Entwicklung kann von den vier lateinamerikanischen Ländern nur Mexiko durchschnittlich abschneiden.
- Bei der institutionellen Entwicklung liegt nur Chile über dem Median.
- Alle vier lateinamerikanischen Länder liegen bei der Infrastruktur und dem Schulsystem unter dem Durchschnitt.
- Beim Gesundheitswesen nimmt wiederum Chile eine Vorreiterrolle ein und liegt deutlich über dem Länderdurchschnitt.

Der Gesamtindikator für Wettbewerbsfähigkeit, der aus diesen fünf Einzelindikatoren gebildet werden kann, ergibt ein etwas anderes Bild als der Wettbewerbsfähigkeitsindikator wie er vom World Economic Forum veröffentlicht wird und der sehr stark auf subjektiven Einschätzungen basiert, die im Rahmen von Befragungen erhoben werden:

- Chile schneidet zwar besser ab als die anderen drei lateinamerikanischen Länder aber im Gegensatz zu den asiatischen Konkurrenten Korea und Malaysia noch unterdurchschnittlich.
- Die Fortschritte der anderen drei lateinamerikanischen Länder sind lediglich höher einzuschätzen als die von Indonesien und den Philippinen. Dabei besteht kein wesentlicher Unterschied zwischen Brasilien, Mexiko und Argentinien.

Insgesamt offenbaren sich hier erhebliche strukturelle Schwächen, die ein nachhaltiges Wachstum selbst bei günstigen makroökonomischen Rahmenbedingungen, unwahrscheinlich erscheinen lassen.

6. Fazit: Entwicklungschancen und makroökonomische Stabilität

Die düsteren Prognosen für Lateinamerika fallen also keineswegs vom Himmel. Die Kernprobleme nicht aller aber vieler lateinamerikanischer Länder sind (1) die Bedrohung der makroökonomischen Stabilität durch die Schuldsituation

und (2) der Aufbau und der effiziente Einsatz eines Kapitalstocks auf der Basis eigener Ressourcen. Eine Abkehr von einer wenn nicht neoliberalen so doch zumindest weltmarktorientierten Strategie aufgrund der jüngsten Krisen erscheint nicht nur unbegründet, sie wäre auch fatal. Das ist wohl der größte Schaden der dem Kontinent aus der Argentinien-Krise erwachsen könnte.

Argentinien und Brasilien stehen lediglich exemplarisch für die Probleme des Kontinents. Die oft kurzfristig orientierte Krisendiskussion – z.B. über feste versus flexible Wechselkurse oder über neoliberale versus alternative Strategien – verstellt dafür oft den Blick. Nur Chile konnte sich bisher nachhaltig aus diesem Szenario lösen und kann mit wichtigen Konkurrenten auf anderen Kontinenten einigermaßen mithalten.

Dabei wird das Ausmaß der Herausforderung für die übrigen lateinamerikanischen Länder erst deutlich, wenn man bedenkt, dass die relativ guten Entwicklungschancen Chiles auf nunmehr fast drei Jahrzehnten Reformpolitik und zwei Jahrzehnten makroökonomischer Stabilität beruhen. Außerdem ist das chilenische Beispiel mit dem Makel behaftet, dass die Demokratie in Chile erst das Ruder übernehmen konnte nachdem der Erfolg des Wirtschaftsmodells deutlich und damit der eingeschlagene Weg irreversibel war. Bleibt also die Frage: wie kann man unter demokratischen Bedingungen in anderen Ländern einen ähnlichen Prozess in Gang setzen und absichern?

Autorennotiz: Dr. Rainer Schweikert ist Leiter der Forschungsgruppe „Stabilität und Strukturanpassung“ und Stellvertreter des Leiters der Abteilung „Entwicklungsökonomie und weltwirtschaftliche Integration“ am Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel. Forschungsschwerpunkte der letzten Jahre: Wechselkurspolitik und makroökonomische Stabilität in Schwellenländern insbesondere Lateinamerika und Osteuropa.
E-Mail: schweikert@ifw.uni-kiel.de

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Textverarbeitung: Nina Grabe und Ditta Kloth

Bezugsbedingungen: € 61,50,- p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); € 46,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); € 31,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von € 15,30,- erhoben. Einzelausgaben kosten € 3,10 (für Studierende € 2,10). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaciis 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-mail: publications@public.uni-hamburg.de · Internet: <http://www.duei.de/iik>